

Nr.44
1971

Union in Deutschland

Bonn, 10. November 1971

Erste Erfolge sichtbar

Die CDU hat auf ihrem Parteitag in Saarbrücken erste Anstrengungen unternommen, ihre finanziellen Schwierigkeiten zu überwinden und die notwendigen Voraussetzungen für die Durchführung des Wahlkampfes 1973 zu schaffen.

Diesem Ziel dienten die Parteitagsbeschlüsse, eine neue Beitragsstaffel festzusetzen und den Anteil der Bundespartei am allgemeinen Beitragsaufkommen zu erhöhen.

Darüber hinaus sind vom Schatzmeister erste Maßnahmen zur Koordinierung der Spendenbeschaffung eingeleitet worden. Dazu gehört auch die Realisierung des Beschlusses des Parteitages, das Präsidium zu beauftragen, mindestens vierteljährlich mit den Landesschatzmeistern Beratungen über die Finanzlage zu führen. Der Bundesschatzmeister bereist zur Zeit die einzelnen Landesvorstände und erörtert die anstehenden Probleme in Einzelgesprächen mit den Landesschatzmeistern. Die erste Sitzung des gemeinsamen Gremiums findet im Dezember statt.

Der Parteitagsbeschluß, zur Unterstützung des Schatzmeisters einen Beirat aus geeigneten Persönlichkeiten zu berufen, ist in die Wege geleitet worden. Erste Gespräche haben stattgefunden.

Um ihre Anstrengungen auch nach draußen zu dokumentieren, hat die CDU in einer bundesweiten Zeitungsanzeige ihre Freunde und Sympathisanten zur Mithilfe bei der Lösung ihrer finanziellen Probleme aufgerufen. Diesem Aufruf sind bisher erfreulich viele Mitbürger gefolgt. Seit dem Saarbrücker Parteitag verzeichnet die Bundespartei einen erheblich gestiegenen Spendeneingang.

Walther Leisler Kiep
Bundesschatzmeister der CDU

BEGRIFFS- VERWIRRUNG

Ein einmaliger Lapsus?
Vor Millionen deutscher Fernsehzuschauer fand Eggon Bahr jedenfalls nichts dabei, die Bundesrepublik Deutschland als „BRD“ zu bezeichnen und machte sich damit die SED-Terminologie zu eigen.

Seite 4

WIRTSCHAFT

Von einer soliden Wirtschaftspolitik kann im Augenblick keine Rede sein. Welche Maßnahmen sind nötig, um die Grundlagen für unternehmerische Investitionen zu schaffen, die zur Sicherung der Arbeitsplätze nötig sind?

Seite 7

BETRIEBS- VERFASSUNGS- GESETZ

Der CDU/CSU-Fraktionsvorsitzende Dr. Rainer Barzel sagte am Schluß der Bundestagsdebatte zum BVG: „Wir erlebten eine Abstimmungsmaschine und wir erlebten die weitgehende Sinnlosigkeit des Argumentierens.“ Wie die Koalitionsparteien, vor allem die FDP, ihre Haltung mit ihren Parteitagsbeschlüssen vereinbaren können, bleibt rätselhaft. Die Vorstellungen der Union faßte der Abgeordnete Thomas Ruf in einer 7-Punkte-Erklärung zusammen.
Dokumentation

Unter der Abstimmungs Guillotine der Koalition

Die mit großer Spannung von der Öffentlichkeit erwartete Abstimmung über das Betriebsverfassungsgesetz ist erfolgt. An der Abstimmungs Guillotine der Koalition scheiterten die Vorstellungen der Union, die von namhaften Experten als progressiver angesehen worden sind. Wichtige Weichen für die künftige innenpolitische Entwicklung in der Bundesrepublik wurden somit in eine bedenkliche Richtung gestellt. Die wichtigsten Argumente der Union halten wir auf unseren Dokumentationsseiten fest.

Bundesgeschäftsstelle bezieht Adenauer-Haus

Die Bundesgeschäftsstelle der Christlich Demokratischen Union wird in der Zeit vom 15. bis zum 25. November ihre bisherigen Räume verlassen und in das neue Konrad Adenauer-Haus an der Friedrich-Ebert-Allee 73-75 umziehen. Damit wird die Parteizentrale der CDU, die von Anfang an in mehreren auseinanderliegenden Gebäuden untergebracht war, erstmalig an einem Ort und in einem Haus zusammengefaßt sein. Die „Nassestraße“, seit annähernd zwanzig Jahre als Synonym für das Hauptquartier der CDU in Deutschland – und darüber hinaus – bekannt, wird es nicht mehr geben.

Die im Jahre 1950 gegründete Bundesgeschäftsstelle war zunächst in zwei Gebäuden in der Argelanderstraße und in der Blücherstraße in Bonn untergebracht. Der damalige Bundesgeschäftsführer und spätere Generalsekretär der CDU, Dr. Bruno

Heck, veranlaßte 1952 den Kauf des Parteihauses an der Nassestraße 2. Allerdings blieb die Bundesgeschäftsstelle schon damals auf eine Reihe anderer Räume und Gebäude verteilt. Deshalb wird sich der Umzug ins Konrad-Adenauer-Haus vom 15. November an auch in Etappen vollziehen.

Im zwölfgeschossigen Konrad-Adenauer-Haus, das in unmittelbarer Nachbarschaft zur „Baracke“, der Parteizentrale der SPD, steht, wird die CDU sieben Geschosse beanspruchen. Zum erstenmal wird auch der Vorsitzende der Christlich Demokratischen Union ein Zimmer und ein Sekretariat in der Bundesgeschäftsstelle besitzen – und beziehen. Der Büroraum in den freien Etagen wird vermietet.

Im Seitentrakt des Konrad-Adenauer-Hauses, dessen Fertigstellung noch einige Monate dauern dürfte, werden ein großer (800 Plätze) und ein kleiner (100 Plätze) Sitzungssaal, Konferenzzimmer, Studios sowie ein Kasino und ein Restaurant eingerichtet.

Fraktionsmanagement wurde verjüngt

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion hat am 9. November 1971 in Nachwahl für den verstorbenen Will Rasner und für die vakante Position des jetzigen Oppositionsführers im nordrhein-westfälischen Landtag, Heinrich Köppler, auf Vorschlag von Dr. Rainer Barzel die Bundestagsabgeordneten Wilhelm Rawe und Rudolf Seiters zu neuen Parlamentarischen Geschäftsführern bestimmt.

Mit dieser Wahl hat die Fraktion zwei ehemalige Landesvorsitzende der Jungen Union (Westfalen und Niedersachsen) in die engere Fraktionsführung

berufen und damit auch das Fraktionsmanagement erheblich verjüngt. Seiters rückt nun auch in den Ältestenrat des Deutschen Bundestages nach; Rawe gehört diesem Gremium schon seit der letzten Wahlperiode an.

Die Arbeitsteilung zwischen den fünf Parlamentarischen Geschäftsführern ist wie folgt vorgesehen:

Wagner: allgemeine politische Fragen, Ältestenrat.

Von Wrangel: Öffentlichkeitsarbeit, Fragestunden, aktuelle Stunden, Auslandsarbeit.

Rösing und Rawe: Interne Fragen der Fraktion.

Seiters: Koordinierung der Gesetzgebung.

Was will Frau Focke?

Der Parlamentarische Staatssekretär im Bundeskanzleramt, Frau Dr. Focke, hat im Pressedienst der SPD eine erstaunliche Stellungnahme zu dem in der Zeitung „Europa-Union“ veröffentlichten Interview Dr. Barzels abgegeben. Man muß sich fragen, was sie veranlaßt hat, in einem derart unsachlichen und rüden Ton so heftig auf die abgewogenen und nachdrücklichen Äußerungen des CDU-Vorsitzenden zur Europapolitik zu reagieren. Hat sie das Interview überhaupt gelesen?

Wir erinnern uns in diesem Zusammenhang an die oberflächliche und ressentimentgeladene Stellungnahme derselben Frau Focke, zu dem – ebenfalls in der „Europa-Union“ – veröffentlichten Stufenplan Dr. Barzels zur politischen Vereinigung Europas. Oder ist ihre Aggressivität ein Ausdruck von Frustration? Immerhin muß sich Frau Dr. Focke durch die Darlegung Barzels an ihre eigene Europa-Vergangenheit erinnern fühlen, die sie heute – aus welchen Gründen auch

immer — verdrängt. Diese Erinnerungen müssen ihr doppelt peinlich sein, da sie auch heute noch im Präsidium des Verbandes sitzt, in dessen Organ Dr. Barzel nun zum zweiten Mal in diesem Jahr die europapolitische Alternative der CDU zu entwickeln die Gelegenheit hatte.

Oder was sonst beschwert Frau Dr. Focke? Sie sagt es nicht. Sie sagt überhaupt nichts zur Sache, sie schweigt. Wenn sie zugehört hätte, als der Oppositionsführer im Deutschen Bundestag zum inneren Frieden aufrief, würde sie wissen, daß er nicht gegen die sachliche Kontroverse sprach, sondern eben gegen jene, vom Parlamentarischen Staatssekretär im Bundeskanzleramt mit dieser Stellungnahme praktizierten Art der Konfrontation. Aber die Bereitschaft zum Zuhören gehört offensichtlich ebensowenig wie die Unvoreingenommenheit zu Frau Dr. Fockes starken Seiten.

Rosenthal: Gesundheitskrampfungen

Nach der Lage in der Textilindustrie haben Abgeordnete der CDU/CSU-Fraktion die Bundesregierung gefragt. In einer Kleinen Anfrage wird auf eine Äußerung des Parlamentarischen Staatssekretärs beim Bundeswirtschaftsminister, Philip Rosenthal (SPD), hingewiesen, der nach Zeitungsmeldungen der Textilindustrie geraten hat, durch „weitere Schrumpfungen zu gesunden.“

Die Parlamentarier wollen von der Regierung wissen, ob diese Äußerung darauf hindeute, daß die Bundesregierung die Absicht hat, mit ihrer Außenhandels- und da vor allem mit der Osthandelspolitik den gewünschten Schrumpfungsprozeß in der Textilindustrie durch verstärkte Einfuhren zu beschleunigen. Ferner wollen sie wissen, ob man annehmen müsse, daß die Schwierigkeiten, die für die exportierenden Textilbetriebe aus der Währungspolitik entstünden, aus dem

gleichen Grunde bewußt in Kauf genommen werden. Schließlich soll die Regierung sagen, wie sie sich die weitere Entwicklung in solchen Gebieten vorstellt, in denen bis zu 50% der Industriebeschäftigten in der Textilindustrie arbeiten und denen keine Ersatzarbeitsplätze zur Verfügung stehen.

Der große Kater links

Unter der Überschrift „Der große Kater links“ brachte der Industrie-Warndienst vom 4. 11. 1971 folgende Meldung:

„Der einstige SDS-Ideologe Günter Amendt wurde vom Oberlandesgericht Frankfurt zur Zahlung von 72 000 DM Schadenersatz plus 6000 DM Gerichtskosten verurteilt, weil er Ostern 1968 die Auslieferung der „Bild“-Zeitung blockiert hatte. In einem Brief an den Juso-Vorsitzenden Karsten Voigt bat er die „Genossen“ um Solidarität und Hilfe. Antwort: „Im jetzigen Bundesvorstand der Jusos sitzen Leute, die mit den Osterdemonstrationen nichts zu tun hatten. Die stehen jetzt vor der Frage, ob sie Geld in ein Bundesseminar oder in Dich investieren sollen.“ Wenn's ums Geld geht, hört's wohl mit dem „revolutionären Elan“ bei den Jusos auf.“

Bonner Koalition verprellt ihre Vertreter in den Städten

Durch die unterschiedliche Haltung der SPD und FDP-Fraktionen in den betroffenen Städten und im Bundestag ist in der Frage der Finanzierung des Aus- bzw. Neubaus von Stadien im Zusammenhang der Fußballweltmeisterschaft 1974 eine Situation entstanden, die so rasch wie möglich geklärt werden muß. Die Fußballweltmeisterschaft 1974 kann als Ereignis mit weltweiter Ausstrahlungskraft nicht in erster Linie Angelegenheit von Städten und Bundesländern sein.

Es ist eine anerkannte Tatsache, daß nicht allein die Fuß-

ballweltmeisterschaft den Aus- bzw. Neubau der Stadien notwendig macht. Sie will und kann nur Anstoß sein. Die Mehrzahl der großen Sportstadien in der Bundesrepublik ist fast ein halbes Jahrhundert alt und hält einen Vergleich mit den internationalen Standard nicht aus. Der vorgesehene Ausbau der Stadien kommt nach dem erklärten Willen aller Beteiligten, im übrigen nicht nur dem Fußballsport zugute. Die Städte und der Deutsche Fußballbund als Ausrichter müssen schnellstens wissen, woran sie sind, will man nicht das Risiko eines Scheiterns der Fußballweltmeisterschaft 1974 im vorgesehenen Rahmen eingehen.

Die CDU will daher, wie der Sportsprecher der Fraktion, Karl-Heinz Spilker, erklärte, mit ihrer Kleinen Anfrage klären, ob die Bundesregierung noch zu ihrer Aussage steht, daß es sich bei der Fußballweltmeisterschaft um ein Ereignis von hervorragender sportlicher Bedeutung handelt, für dessen würdige Durchführung sich der Bund aus dem Gesichtspunkt der gesamtstaatlichen Repräsentation mitverantwortlich fühlt und ob sie bereit ist, die Entscheidungsgrundlagen, die sich entscheidend verändert haben, zu überprüfen, damit in der umstrittenen Frage der Finanzierung endlich volle Klarheit geschaffen wird.

Wie man Wort hält

„Wort gehalten“ heißt eine gedruckte Bilanz der Bundesregierung nach zwei Jahren ihrer Tätigkeit. Darin wird dem Erfolgskonto der SPD-FDP-Regierung auch die „Neufassung des Nichtehelichenrechts“ zugeordnet. Diese wurde aber bereits im Mai 1969, also ein halbes Jahr vor dem Regierungswechsel in Bonn, vom Bundestag verabschiedet und trat im August 1970 lediglich in Kraft. Also nicht Wort gehalten, sondern mit fremden Federn geschmückt!

Die sogenannte BRD

Mag sein, daß es ein einmaliger Lapsus war. Aber Millionen deutscher Fernsehzuschauer konnten letzte Woche einen Bonner Staatssekretär mit der größten Selbstverständlichkeit einen Begriff herplappern hören, der einfach kein Begriff werden darf. Egon Bahr, mit seinem Ostberliner Gesprächspartner Kohl nach der jüngsten Runde vor die Tele-Kameras geholt, sprach nicht mehr von der „Bundesrepublik“ (geschweige denn von der „Bundesrepublik Deutschland“), sondern in der Manier geschulter Agitprops von der „BRD“. „DDR“ und „BRD“ sind – so Bahr – ein bißchen vorangekommen. „DDR“ und „BRD“ werden weiterverhandeln. „DDR“ und „BRD“ haben die Chance, einander – Stück um Stück – näherzukommen.

Staatssekretär Bahr, der im Auftrag Willy Brandts unseren Part in den Verhandlungen mit Ost-Berlin zu spielen und zu vertreten hat, findet, so scheint es, nichts dabei, die hintergründige Terminologie der SED-Funktionäre zu seiner eigenen zu machen. Und das ist schlimm. Es verrät mehr über die Haltung, mit der „unser Mann“ seine Gespräche führt, als jeder zusätzliche Kommentar. —ch

An der Leine

Kürzlich war aus Pressemeldungen zu erfahren, daß bei der SPD mit „Billigung“ der obersten Parteiführung ein „Kurt-Schumacher-Kreis“ ins Leben gerufen wurde, der, wie eine Zeitung zu berichten wußte, das „deutschland- und ostpolitische Gewissen der SPD“ sei.

Was soll's, ist hier zu fragen. Hatte sich doch bereits vor einigen Jahren ein solcher Kreis gebildet. Vor allem aus sozialdemokratischen ehemaligen politischen Häftlingen, die wegen ihres kompromißlosen Kampfes gegen die kommunistische Diktatur in Mitteldeutschland viele Jahre in sowjetzonalen Zuchthäusern oder sowjetischen Straflagern zubringen mußten. Aus den ehemaligen Widerstandskämpfern gegen die kommunistische Machtpolitik wurden – der SPD-Führung oft unbequeme – Mahner: In der von der SPD betriebenen Ost- und Deutschlandpolitik und hinsichtlich der innerparteilichen „Links“-Entwicklung. So wurden die unermüdlich kritisierenden Berliner KSK-Leute, von vielen SPD-Genossen schon längst als „kalte Krieger“ abgestempelt, für die Parteioberen immer mehr zum Ärgernis. Der Berliner „Kurt-Schumacher-Kreis“ bekam das mannigfach zu spüren.

Was also soll's, wenn jetzt mit „Billigung“ des SPD-Präsidiiums ein „neuer“ „Kurt-Schumacher-Kreis“ organisiert wird? Abgesegnet vom Vorstand, auf Vordermann gebracht und nur mit erlaubten Abweichungen auf Parteilinie marschierend. Um die Mahner und Kritiker des Berliner „Kurt-Schumacher-Kreises“ zu neutralisieren? Mit einer Alibi-funktion?: Schaut her, wir haben in der SPD sogar eine Opposition, die sich auf Kurt Schumacher beruft (oder sollte es richtig heißen: berufen darf?) B.

Gefährlicher Antiamerikanismus

In erster und in letzter Linie ist am europäischen Antiamerikanismus doch wohl die UdSSR interessiert“, schreibt Serge Petra in einem Beitrag für „Zeit Bild“ Nr. 20/71. Diese Zeitschrift wird von dem renommierten Schweizerischen Ost-Institut in Bern herausgegeben. Der Autor stellt fest, daß der „innereuropäische Antiamerikanismus“ eine „Trumpfkarte Moskaus“ ist, die, taktischen Regeln der psychopolitischen Kriegsführung der Kommunisten entsprechend, nicht offen von kommunistischen Kreisen ausgespielt wird. „Geschickter ist es, die Gutgläubigen und Wohlmeinenden zu einer übermäßigen Kritik aufzustacheln. Was Lenin so abschätzig als ‚nützliche Idioten‘ bezeichnet hat, ist auch hier wirksam. Die völlige Ungleichheit der Kritik an Amerika im Vergleich zu jener an der UdSSR, die in Europa vorherrscht, ist schlüssiger Beweis.“

Serge Petra wird noch deutlicher: „Das Ergebnis ist, wie gesagt, ein antiamerikanisches Klima in Europa. Das kann jeder mit einfachen Tests überprüfen. Es genügt, sowjetische Erscheinungen den Amerikanern zu unterstellen, um die fehlenden Proportionen zu erkennen.“ Beispiele: Gesetz, die USA würden Oppositionelle in Arbeitslager oder psychiatrische Kliniken stecken oder ihnen die Entgegennahme des Nobelpreises untersagen... Gesetz, die USA hätten Frankreich bei dessen faktischem Austritt aus der NATO behandelt wie die Tschechoslowakei 1968 von der UdSSR behandelt worden ist... Gesetz, die USA würden ihre Staatsbürger nicht ausreisen lassen... Gesetz, die USA hätten gegen die Schweiz Spionage betrieben, so daß schon zwei Dutzend amerikanische Diplomaten hätten ausgewiesen werden müssen... Die Liste kann beliebig verlängert werden, und jedesmal ist einzusehen, daß die USA nie mit jener Milde beurteilt werden, die der UdSSR auf erstaunliche Weise zugebilligt wird.“

Fazit: „Das deutet auf Fehler im geistigen Hauptbuch freier Völker.“

Das ist wohl deutlich genug!

H. Bw.

Fauler Trick

Die Bundesregierung versucht offenbar bis 1973 — d. h. bis zur Bundestagswahl — ohne Steuererhöhungen auszukommen. Nicht nur bei der Opposition wird allerdings die Meinung vertreten, daß dieses Vorhaben nicht gelingen kann, wenn die gegenwärtige Regierungspolitik von ihren überzogenen Versprechungen nicht abbrückt.

Der Bundeshaushalt 1972 weist Neuschulden für wichtige Aufgaben wie Wohnungsbau und Krankenhausfinanzierung nicht mehr in seinen Positionen auf, sondern außerhalb des Etats und darin nur die Zinsen. So kommt es dazu, daß zwar die Neuverschuldung des Bundes offiziell mit 5 Milliarden DM für 1972 ausgewiesen wird, sie sich aber in Wirklichkeit (ohne Bahn und Post) auf etwa 10 Milliarden DM beläuft. Diese offensichtliche Diskrepanz zwischen Trick und Wirklichkeit hat der Vorsitzende des Haushaltsausschusses im Bundestag, der CDU-Abgeordnete Leicht, analysiert und festgestellt, daß vor allem folgende Tatsachen zusätzlich die Gefahr von Steuererhöhungen erkennbar werden lassen:

Durch die Inflation erleiden sowohl die Wirtschaft wie auch der Staat erhebliche Verluste. In der Wirtschaft gehen die Erträge zurück, beim Staat werden die Belastungen durch höhere Löhne, höhere Sozialausgaben und höhere Investitionskosten immer drückender. Das natürliche Wachstum der Steuern kann damit nicht Schritt halten. Auch der Regierung muß klar sein, daß sie in ihrer Finanzplanung auf die Dauer weder verschweigen noch verniedlichen kann: Die riesigen Defizite von Bahn und Post, die Kosten des Devisenausgleichs, den Aufwertungsausgleich für die Landwirtschaft und die inflationsbedingte drückende Finanz-

not der Länder, Städte und Gemeinden sowie die voraussichtlichen Steuerausfälle — und dies sind nur die bedeutendsten Posten.

Die Äußerung Dr. Barzels bestätigt sich immer mehr: „Die Lage der öffentlichen Finanzen erfordert einen ganzen Mann und nicht einen halben Minister.“

Brandt muß handeln

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion begrüßt grundsätzlich die Ergebnisse der EWG-Außenministertagung in Rom. Wie der zuständige Sprecher der Fraktion, der Abgeordnete Blumenfeld, unterstrich, sei mit Befriedigung festzustellen, daß die von der CDU/CSU seit dem Frühjahr dieses Jahres immer wieder erhobenen Forderungen nach stärkerer

und effektiverer politischer Kooperation der Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaft unter Einschluß der beitragswilligen Länder jetzt endlich von Bundesminister Scheel in Rom vorgetragen worden sei.

Nun komme es darauf an, die neuen Impulse auch in die Tat umzusetzen: Besonders hinsichtlich der gemeinsamen europäischen Politik gegenüber dem Ostblock, dem Verhältnis zu den USA und der Haltung gegenüber der Dritten Welt.

Das Thema Währungspolitik sollte nach Ansicht von Blumenfeld noch vor den Beratungen der zehn europäischen Staaten am 22. November in Rom so abgestimmt werden, daß die EWG-Staaten eine gemeinsame Haltung einnehmen können. Geschähe das nicht, dann könnte die Gefahr entstehen, daß die

Unnötiger Kraftakt der Koalition für ein „Mieterhöhungsgesetz“

Zur Verabschiedung des Mietrechtsgesetzes im Deutschen Bundestag erklärt der wohnungspolitische Sprecher der Fraktion der CDU/CSU, Ferdinand Erpenbeck, die CDU/CSU-Fraktion bedauere, daß nach einem unnötigen Kraftakt ein Gesetz angenommen wurde, das die angestrebte Partnerschaft von Mietern und Vermietern zerstört, das kein Gesetz zur Begrenzung, sondern zur Förderung des Mietanstiegs ist, das die Mobilität auf dem gesamten Wohnungsmarkt vor allem zu Lasten der jungen wohnungsuchenden Ehepaare einschränkt und die Ungerechtigkeiten der fehl- und unterbelegten Sozialwohnungen auf den gesamten Wohnungsbestand ausdehnt; das die Gerichte mit einer Flut von jahrelangen Mietstreitigkeiten überschwemmen

und zu Preisüberwachungsbehörden verfälschen und das einen weiteren Rückgang der ohnehin seit Jahren rückläufigen Neubautätigkeit zur Folge haben wird.

Dieses Gesetz werde sich damit nicht zugunsten, sondern zu Lasten der Mieter auswirken. Die CDU/CSU-Fraktion des Deutschen Bundestages habe diesem Mieterhöhungsgesetz deshalb ihre Zustimmung versagen müssen. Die Union war und ist für eine sinnvolle Verbesserung des sozialen Mietrechts und hat daher folgerichtig diesem Teil des Gesetzentwurfs zugestimmt. Sie war und ist jedoch gegen ein Gesetz, das den Wohnungsmarkt blockiert — und das auch noch um den Preis eines ständigen Mietanstiegs auf breiter Front.

USA ihre Importsteuer verlängern oder sogar noch erhöhen würden. Daher ergeht die Aufforderung der Opposition an die Regierung alles zu tun, um bis zum 22. November einen tragfähigen Kompromiß zwischen den EWG-Ländern — insbesondere Frankreich — zu erreichen.

Regierung verärgert Mittelstand

Zur erneuten Verschiebung der Debatte über die Große Anfrage der CDU/CSU-Bundestagsfraktion betreffend mittelständische Wirtschaft erklärte der Vorsitzende des Diskussionskreises Mittelstand der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Heinrich Gewandt MdB, die CDU/CSU-Bundestagsfraktion bedauere es, daß die Regierungskoalition den Antrag der CDU/CSU-Bundestagsfraktion auf Ergänzung der Tagesordnung dieser Woche um die Debatte über die mittelständische Wirtschaft abgelehnt habe. Die von der SPD-Fraktion genannten Gründe für die erneute

Verschiebung der Debatte seien wenig überzeugend und beweisen nur, daß Professor Schiller mit der Verwaltung zweiter großer Bundesressorts überfordert ist. Das Parlament kommt dabei zu kurz. Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion kann es nicht hinnehmen, daß dadurch die Lösung wichtiger mittelstandspolitischer Probleme verschleppt wird.

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion hat ihre Große Anfrage bereits am 7. April 1971 eingebracht, d. h. so rechtzeitig, daß doch in dieser Legislaturperiode die nötigen parlamentarischen Konsequenzen gezogen werden können.

Bonn ohne Initiative

Der Mißerfolg mit der Europa-II-Rakete war für die CDU/CSU-Fraktion des Deutschen Bundestages erneut Anlaß, die Bundesregierung aufzufordern, sich für die Schaffung einer europäischen Raumfahrtbehörde einzusetzen. Sie soll nach dem Wunsch der CDU/CSU mit weitreichenden

Kompetenzen ausgestattet werden und die bisherigen Organisationen auf dem Gebiet der Raumfahrt ablösen.

Gemeinnützige kritisieren Bundesregierung

Der Gesamtverband Gemeinnütziger Wohnungsunternehmen hat in einem Telegramm an den Bundeskanzler massive Kritik an der derzeitigen Wohnungspolitik der SPD/FDP-Koalition geübt. In dem Telegramm äußert die gesamte gemeinnützige Wohnungswirtschaft, deren große Verdienste bei der Beseitigung der Wohnungsnot der Nachkriegszeit nicht übersehen werden können, ihre „große Bestürzung über das immer deutlicher werdende Unverständnis von Bundesregierung und parlamentarischen Körperschaften gegenüber den besonderen wohnungs- und gesellschaftspolitischen Aufgaben gemeinnütziger Wohnungsunternehmen und Heimstätten“.

■ Stichwort: Magisches Viereck

In § 1 des „Stabilitäts- und Wachstumsgesetzes“ werden Bund und Länder verpflichtet, bei ihren wirtschafts- und finanzpolitischen Maßnahmen „im Rahmen der marktwirtschaftlichen Ordnung“ die „Erfordernisse des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts“ zu beachten. Die Maßnahmen sollen „gleichzeitig zur Stabilität des Preisniveaus, zu einem hohen Beschäftigungsstand und außenwirtschaftlichem Gleichgewicht bei stetigem und angemessenem Wirtschaftswachstum beitragen“. Diese vier Forderungen ganz zu erfüllen, ist das Ideal. Da es aber kaum möglich ist, das Idealziel in der Wirklichkeit vollkommen zu erreichen, spricht man von einem „magischen Viereck“. Die Problematik des „magischen Vierecks“ besteht darin, daß man eines der Ziele um so leichter erreichen kann, je mehr man ein oder zwei andere Ziele vernachlässigt. Zum Beispiel könnte man die Stabilität des Geldwertes dadurch zu sichern suchen, daß man rigoros das Geld- und Kreditvolumen beschränkt. In diesem Falle müßte man allerdings die Geldwertstabilität — je nach

der konjunkturellen Ausgangssituation — mit einem Verlust an wirtschaftlichem Wachstum und mit zunehmender Arbeitslosigkeit bezahlen. Der Kompromiß, der bei der Lösung der Problematik des „magischen Vierecks“ anzustreben ist, darf nicht eines der genannten Ziele zu sehr benachteiligen.

Der amerikanische Nationalökonom Samuelson hat den Zwang und die Schwierigkeiten der modernen Wirtschaftspolitik, sowohl auf Wachstum als auf Stabilität zu achten — und einen hohen Beschäftigungsstand zu sichern —, in dem Bild ausgedrückt, daß wir einen Tiger reiten. Durch vielfältige Formen des technischen Fortschritts, durch verbesserte Organisation und zunehmenden Kapitaleinsatz werden ständig Arbeitsplätze vernichtet, wird mit immer weniger Arbeit immer mehr produziert. Wenn es nicht zu Massenarbeitslosigkeit kommen soll, muß dem ständig breiter werdenden Güterstrom ein im gleichen Maße wachsender Einkommensstrom gegenüberstehen. Stabilität und Wachstum sind deshalb keine Gegensätze, sondern bedingen sich gegenseitig.

Voraussetzungen für eine solide Wirtschaftspolitik

Wirtschaftspolitik und gerade Konjunkturpolitik müssen langfristig angelegt sein. Nicht planloses Herumexperimentieren, sondern das Setzen von Daten, die für die Wirtschaft auch morgen Bestand haben, ist das Zeichen einer soliden Wirtschaftspolitik. Davon kann im Augenblick aber keine Rede sein.

Durch eine Politik der Stetigkeit wird das Vertrauen der Wirtschaftssubjekte geweckt und gestärkt. Damit werden die Grundlagen für die unternehmerische Investitionsbereitschaft geschaffen, die zur Sicherung der Arbeitsplätze notwendig ist.

Ideologiebefrachtete Politik und die herbeigeredete und unvorbereitet getroffene Freigabe der Wechselkurse haben dagegen die betriebliche Investitionsbereitschaft empfindlich getroffen. Aufgabe der Wirtschaftspolitik muß es sein, daß in die unternehmerische Planung wieder Überschaubarkeit eintritt und die Grundlagen für einen konstruktiven Einstieg in die europäische Wirtschafts- und Währungsunion und für die Sicherung und den Ausbau des freien Welthandels geschaffen werden. Es ist lediglich eine Tatsache, wenn festgestellt wird, daß die deutsche Regierung mit ihren währungspolitischen Aktionen nicht diesen langfristigen politischen Zielen gedient hat.

Die wahren Gründe

Für die Freigabe des Wechselkurses der DM Anfang Mai dieses Jahres war nicht, wie es die Konvention von Bretton-Woods vorsieht, ein fundamentales Ungleichgewicht der Zahlungsbilanz maßgebend, sondern

— die konjunkturpolitisch begründete Absicht der Bundesregierung, durch Verminderung der

Auslandsnachfrage und durch abermalige Drosselung der Exportwirtschaft den Spielraum für Lohnerhöhungen in der Gesamtwirtschaft zu vermindern,

— der Zufluß von Devisen infolge der Aufnahme von Krediten durch Nichtbanken, hervorgerufen durch ein Zinsgefälle zwischen dem Ausland, insbesondere den USA einerseits und Deutschland andererseits,

— zusätzliche spekulative Geldzuflüsse, ermuntert durch die von der Regierung betriebene und zugelassene Aufwertungsdiskussion.

Kein Ersatz für Stabilitätspolitik

Wechselkursänderungen können kein Ersatz für eine lasche und halbherzige innere Stabilitätspolitik sein. Wechselkursänderungen sollten ausschließlich vorgenommen werden, wenn es gilt, ein fundamentales Ungleichgewicht der Zahlungsbilanz zu verhindern oder zu beseitigen.

Das freie Floating der DM hat zu einem Aufwertungssatz gegenüber dem Dollar und gegenüber den anderen Währungen geführt, der zur Zeit mit rd. 10 v. H. weit überhöht ist. Dadurch sind bereits schwerwiegende Schäden für große Teile der Exportwirtschaft entstanden. Diese werden sich noch vergrößern und die Arbeitsplätze der im Export tätigen Unternehmen

zunehmend gefährden. Es besteht die akute Gefahr, daß die Konjunkturkrise sich zu einer Strukturkrise ausweitet. Das freie Floating bringt ferner die Kalkulationsgrundlagen für die deutsche Exportwirtschaft ins Wanken und belastet die Exportwirtschaft zusätzlich durch erhebliche Kurssicherungskosten.

Die internationale Währungssituation ist zur Zeit dermaßen unübersichtlich und risikoreich, daß kein Land sein eigenes währungspolitisches Süppchen kochen kann. Daher ist es unumgänglich, daß die EWG zu einer gemeinsamen währungspolitischen Lösung kommt, um damit weltweit die Weichen für eine konstruktive Neuordnung des Weltwährungssystems zu stellen.

Zurück zum festen Wechselkurs

Um dies zu erreichen, ist folgendes in die Wege zu leiten: Die Bundesrepublik muß unverzüglich zu einem festen Wechselkurs zurückkehren. Dieser muß den tatsächlichen Marktgegebenheiten entsprechen. Die Neufestsetzung darf auf keinen Fall den Aufwertungssatz erreichen, der sich zur Zeit aus dem Floating gegenüber dem Dollar und gegenüber den übrigen Währungen ergibt. Dieser Aufwertungssatz entspricht nicht den Marktgegebenheiten. Zugleich muß sichergestellt werden, daß eine Politik wie die, die zum Floating geführt hat, sich nicht wiederholt. Es muß entsprechend der Forderung des Bundesbankpräsidenten ein in der EWG vereinbarter und für das jeweilige Land anwendbarer Mechanismus zur Verfügung stehen und auch bei Bedarf benutzt werden, mit dem unerwünschte Devisenzuflüsse künftig unterbunden werden.

Dabei muß eine gemeinsame Währungspolitik der EWG ge-

währleistet sein. Die unterschiedlichen Abwehrmaßnahmen der EWG-Staaten gegenüber dem Zufluß von Devisen, insbesondere von Dollar-Beträgen, haben einen desintegrierten Effekt. Bei Fortdauer des derzeitigen Prozesses der Renationalisierung gerät der Bestand der EWG in Gefahr. Deshalb muß die Rückkehr zu festen Wechselkursen, die den tatsächlichen Marktverhältnissen sowohl innerhalb der EWG als auch gegenüber Drittländern entsprechen, in allen EWG-Staaten in einem Zuge erfolgen. Die Einigung hat dem Umstand Rechnung zu tragen, daß die EWG sich nach dem Ministerratsbeschluß eigentlich bereits in der ersten Stufe ihrer Fortentwicklung zu einer Wirtschafts- und Währungsunion befindet. Die Technik der europäischen Lösung ist gegenüber ihrer politischen Notwendigkeit von zweitrangiger Bedeutung. Vor einer weltweiten Neufestsetzung der Wechselkurse sollten die EWG-Staaten unter sich die Neufestsetzung ihrer Wechselkurse abgeschlossen haben.

Ebenso muß die Neuordnung des Weltwährungssystems elastisch, aber zielstrebig verfolgt werden. Mit einer weltweiten Neufestsetzung sollte die Verbesserung des derzeitigen Welt-

währungssystems einhergehen. Dabei ist anzustreben

– allmähliche, teilweise oder vollständige Übertragung der bisherigen Funktion des US-Dollars auf ein von nationalen Wirtschaftss- und Währungspolitiken unabhängiges Reservemedium (z. B. die Sonderziehungsrechte),
– Erweiterung der Bandbreiten (ausgenommen die Bandbreiten zwischen den EWG-Staaten, die gemäß den Vereinbarungen über die Wirtschafts- und Währungsunion nicht erweitert, sondern verengt werden).

Auch die Neufestsetzung der Wechselkurse und die Verbesserung des Weltwährungssystems sind nur von Bestand, wenn die wesentlichen Handelspartner eine Wirtschaftspolitik betreiben, die der Geldwertstabilität hohen Vorrang einräumt und damit die Inflation ausschließt und fundamentale Zahlungsbilanzungleichgewichte von vornherein verhindert. Aus diesem Grunde ist eine mit hoher Autorität auszustattende Überwachungsstelle anzustreben, die bei Bedarf rechtzeitig eingreifen und Warnungen aussprechen kann. Institutionell muß sichergestellt werden, daß die Schaffung und Verteilung internationaler Liquidität nicht eine allgemeine Inflationierung begünstigt.

tion die Änderungsvorschläge der Union noch einmal in aller Klarheit und Eindringlichkeit vorgetragen werden sollen.

Es wurde sodann der Einrichtung eines Auslandsbüros der CDU zugestimmt, das in der Zuständigkeit von Bundestagspräsident Kai Uwe von Hassel bald seine Tätigkeit aufnehmen soll. Zum Leiter dieses Auslandsbüros wurde der frühere Botschafter Dr. Böx berufen.

Zur Frage des Verfahrens, das zur Nominierung eines gemeinsamen Kanzlerkandidaten der CDU und CSU führen soll, gab der Vorsitzende der CSU-Landesgruppe im Deutschen Bundestag, Richard Stücklen, dem CDU-Präsidium einen Bericht über die Sitzung der CSU-Kommission in München am 7. 11. Danach wird ein aus den Herren Heubl, Höcherl und Stücklen gebildetes Dreierkollegium Leitsätze ausarbeiten, die als die Grundlagen für eine spätere gemeinsame Wahlkampfplattform zwischen CDU und CSU gelten könnten. Stücklen zweifelte nicht daran, daß schon auf der für den 29. 11. in Aussicht genommenen gemeinsamen Sitzung der Kommissionen der beiden Parteien eine Einigung über die anstehenden Fragen erzielt werden kann. Das CDU-Präsidium pflichtete ihm bei. Für den gleichen Tag, an dem die CSU-Kommission in München ihre Leitsätze verabschiedet wird – den 22. 11. – hatte die CDU bereits am 18. Oktober eine Klausurtagung anberaumt, auf der die Partei ihre mittel- bis langfristige politische Strategie festlegen und auch auf der Basis ihres Berliner Programms ihre eigenen Vorstellungen für das anschließende Gespräch mit der CSU präzisieren will.

Das Präsidium der CDU beendete seine Sitzung mit der Vorbereitung dieser Klausurtagung. Sie wird in der Politischen Akademie Eichholz bei Bonn stattfinden.

■ Bundespartei

Verfahren zur Nominierung des Kanzlerkandidaten der Union

Das Präsidium der Christlich Demokratischen Union trat am 8. 11. 1971 unter der Leitung des Vorsitzenden Dr. Rainer Barzel in Bonn zu einer Sitzung zusammen.

Zur Beratung der in dieser Woche anstehenden parlamentarischen Behandlung des Betriebsverfassungsgesetzes nah-

men auch die Mitglieder des engeren Vorstandes der CDU/CSU-Fraktion (Elferrat) teil. Das Präsidium der Christlich Demokratischen Union stimmte der Auffassung der Vertreter der Bundestagsfraktion zu, daß zur anstehenden zweiten Lesung des Betriebsverfassungsgesetzes durch die Sprecher der Frak-

Baden-Württemberg

Generalsekretär Kraske sprach vor Bezirksparteitag

Die baden-württembergische CDU ist davon überzeugt, daß der bevorstehende Landtagswahlkampf der härteste seit Bestehen des Landes sein wird. Vor den Delegierten des südbadischen Bezirksparteitags in Säckingen betonte Ministerpräsident Filbinger, daß für die CDU am 23. April 1972 so viel auf dem Spiele stehe wie bei keiner Landtagswahl zuvor.

Filbinger, zugleich Landes- und südbadischer Bezirksvorsitzender, bezeichnete die Möglichkeit der Fortsetzung der Großen Koalition mit der SPD nach den Wahlen als „ganz unwahrscheinlich“ und wies darauf hin, daß die CDU ganz auf sich allein gestellt sein werde.

Ministerpräsident Filbinger hatte ebenso wie nach ihm der Ehrenewitzende der Gesamtpartei, Kiesinger, und Generalsekretär Kraske scharfe Angriffe gegen die SPD und die FDP gerichtet.

Der Generalsekretär der Christlich Demokratischen Union, Dr. Konrad Kraske, hielt vor dem CDU-Bezirksparteitag Südbaden in Säckingen eine Rede, in der er eine vernichtende Bilanz der Innenpolitik der gegenwärtigen Bundesregierung zog und eindeutige Forderungen an die Regierung stellte, die dazu angetan sind, die verfahrenere Situation doch noch zu meistern.

Dr. Kraske führte u. a. aus: „Mißt man die Koalition an ihren eigenen Versprechungen, mißt man sie sogar an der beckmesserischen Überheblichkeit, mit der die SPD die Wirtschafts- und Konjunkturpolitik eines Mannes wie Professor Erhard beurteilt

hat, dann ist die Bilanz vernichtend. Nach zwei Jahren SPD/FDP-Regierung stehen wir in der ernstesten Wirtschaftslage, die unser Land je erlebt hat, und bei allen außenwirtschaftlichen Einflüssen, die auch wir nicht übersehen, geht sie im Wesentlichen zurück auf eine hausgemachte Inflation, auf eine unsolide Haushaltspolitik, auf eine leistungs- und gewinnfeindliche Großwetterlage, in der sich eine Marktwirtschaft beim besten Willen nicht entwickeln kann. Die Preissteigerungen sind höher als je zuvor. Sie machen längst nicht mehr nur die Kinderreichen, die Rentner und die Bauern ärmer. Inzwischen treffen sie auch mit voller Wucht die Arbeitnehmerhaushalte.

Leichtfertige Politik verhindert Investitionen

Die leichtfertige Inflationspolitik der Bundesregierung behindert zugleich den Fortgang der wichtigsten öffentlichen Investitionsprogramme. Mehr als die Hälfte der für den Bau von Schulen, Hochschulen und Hochschulkliniken vorgesehenen zusätzlichen Mittel werden durch den rapiden Preisanstieg gerade auf dem Bausektor aufgeessen. Im Straßenbau und beim Bau von Krankenhäusern ist zwischen Anfang 1970 und Mitte 1971 trotz aller großspurigen Reformversprechungen mit mehr Geld nicht mehr, sondern weniger geleistet worden. Der Wohnungsbau stagniert, wo er stattdessen weiter angekurbelt werden müßte.

Die CDU ist keine „Nein-Sager-Partei“.

Vor ein paar Wochen hatte man im Regierungslager entdeckt, daß Opposition in unserem Land nicht sonderlich populär ist, und daß bei unserer Bevölkerung ein Ja in der Regel höher im Kurs steht als ein Nein.

Also gab es eine Sprachregelung für die SPD/FDP-Regierung, die Union als „Nein-Sager-Partei“ abzustempeln. Fast von einem Tag auf den anderen tönte es wie auf Kommando von allen Seiten, die CDU ist nur dagegen, sie kann nur Nein sagen. Wie dumm und verlogen eine solche Behauptung ist, zeigt sich allein daran, daß unsere Bundestagsfraktion seit dem Herbst 1969 von 154 im Bundestag verabschiedeten Gesetzen in 137 Fällen zugestimmt, in 6 Fällen sich enthalten und nur in 11 Fällen Nein gesagt hat. Als der Linken diese Rechnung präsentiert wurde, geriet ihre so raffiniert ausgedachte Sprachregelung völlig durcheinander. Nun konnte man plötzlich im gleichen Augenblick hören, die CDU sei eine traurige Opposition, weil sie immer nur Nein sage, und: es fehle ihr offenbar an Alternativen, weil sie viel zu oft Ja sage. Wie sieht es in Wirklichkeit aus? Unsere Fraktion hat selbstverständlich da zugestimmt, wo im Bundestag ihre eigenen Initiativen behandelt wurden. Das war immerhin eine beträchtliche Zahl. Sie hat weiter zugestimmt, wo die Regierung nur unsere eigenen Vorarbeiten aus früheren Legislaturperioden fortgesetzt hat oder wo im Laufe der Beratungen wesentliche Teile aus unseren eigenen Alternativentwürfen in die Koalitionsvorlagen übernommen wurden. Die CDU/CSU hat Nein gesagt, wo die Koalitionsfraktionen über unsere eigenen Vorschläge hinweggingen und wo das Ergebnis der Beratungen unseren Überzeugungen widersprach.

Märchen von der totalen Konfrontation

So wird jeder, der die parlamentarische Arbeit der letzten beiden Jahre nüchtern prüft und

(Fortsetzung auf Seite 11)

Politische Informationen

Nachfolgende Ausarbeitungen und Dokumentationen können bei der CDU-Bundesgeschäftsstelle, Abt. Öffentlichkeitsarbeit, 5300 Bonn, Nassestr. 2, bestellt werden:

	Stückpreis		
1. Europapolitik			
1.1		Zur Europäischen Sicherheitskonferenz (historischer Abriß 1954 bis 1970); 14 Seiten	DM 0,42
1.2		Kontinuität in der Europapolitik der CDU (chronologische Darstellung 1945–1971); 11 Seiten	DM 0,33
1.3		Die Sicherheit Europas Außen- und sicherheitspolitische Aspekte der 70er Jahre, 35 Seiten	DM 1,05
2. Ost- und Deutschlandpolitik			
2.1		Die ostpolitischen Erfolge der von der CDU/CSU geführten Regierungen – und was hat die Bonner Linkskoalition erreicht? 4 Seiten	DM 0,12
2.5		Zitatensammlung (SPD/FDP) zur Berlin-Frage ; 28 Seiten	DM 0,84
2.6		Die Haltung der CDU zu den Ostverträgen und zur Ratifizierung; 14 Seiten	DM 0,42
2.7		SPD-Zitate zur Wiedervereinigung und Anerkennung der „DDR“; 16 Seiten	DM 0,48
2.9		Aussagen der Bundesregierung über den Charakter und Geltungsbereich des Moskauer Vertrages	DM 0,36
2.10		Zum Vertrag vom 12. 8. 1970 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der UdSSR (Ost- und Deutschlandpolitik der Großen Koalition – Vorbereitungsphase des Vertrages – Analyse des Vertragstextes – Auswirkungen des Vertrages – Haltung der CDU/CSU); 69 Seiten	DM 2,07
3. Wirtschafts- und Finanzpolitik			
3.1		SPD-Zitate zur Steuerpolitik 1969–1971; 18 Seiten	DM 0,54
3.2		Brandt, Schiller, Möller und die Preisentwicklung – Zitate; 3 Seiten	DM 0,09
3.3		SPD-Zitate zur Preisentwicklung 1965 bis 1971; 6 Seiten (vergriffen)	DM 0,18
3.4		Chronologie der wirtschafts- und währungspolitischen Ereignisse seit Oktober 1969; 6 Seiten	DM 0,18
3.5		Zitate: SPD und Vollbeschäftigung ; 9 Seiten	DM 0,27
3.6		Hoher Anstieg der staatlich geregelten Preise ; 3 Seiten	DM 0,09
3.7		Wesentliche Unterschiede zwischen den Steuerreformvorschlägen von Bundesregierung, SPD und FDP	DM 0,15
4. Sonstige Innenpolitik			
4.1		Unterschiede zwischen den Gesetzentwürfen zur Reform des Betriebsverfassungsgesetzes der Regierung und der CDU/CSU-Bundestagsfraktion; 3 Seiten	DM 0,09
4.2		SPD-Zitate zur Vermögenspolitik 1969 bis 1971; 14 Seiten	DM 0,42
4.3		SPD-Zitate zur Wohnungspolitik 1969 bis 1971; 15 Seiten	DM 0,45
4.4		4 Formen der betrieblichen Alterssicherung ; 6 Seiten	DM 0,18
4.5		5 Vorstellungen der CDU zur Alterssicherung ; 7 Seiten	DM 0,21
4.6		6 Aktivitäten der Bundesregierung (1961 bis 1969) im Bereich des Umweltschutzes ; 20 Seiten	DM 0,60
4.8		8 Jugendpolitische Initiativen im Deutschen Bundestag; 16 Seiten	DM 0,48
4.9		9 Zitate zur Bildungspolitik von SPD- und FDP-Politikern sowie von Mitgliedern der Bundesregierung; 29 Seiten	DM 0,87
4.10		Hochschulen – Keimzellen der Revolution? Materialien zur Situation an deutschen Hochschulen; 40 Seiten	DM 1,20
4.11		Deutsche Jungdemokraten Unterscheiden sich die Jungdemokraten noch von den Linksaßen (insbesondere Jusos) der SPD? 36 Seiten	DM 1,08
4.12		Synopse von Vorschlägen zur flexiblen Altersgrenze ; 3 Seiten	DM 0,09
4.14		„Leitsätze für den Öffentlichen Dienst“ (beschlossen vom Bundesfachausschuß Öffentlicher Dienst) 6 Seiten	DM 0,18
4.15		„Thesen zur Aus- und Fortbildung im Öffentlichen Dienst“ (beschlossen vom Bundesfachausschuß Öffentlicher Dienst) 2 Seiten	DM 0,18
4.16		„Probleme einer Regierungs- und Verwaltungsreform“ (ausgearbeitet vom Bundesfachausschuß Öffentlicher Dienst) 8 Seiten	DM 0,24
4.17		Dokumentation über den Stand der Diskussion um die Reform des § 218 StGB – Abtreibung ; 24 Seiten	DM 0,72
4.18		„Zur Reform des Bodenrechts“ Anmerkungen und Zitate; 32 Seiten (erstmalig angeboten)	DM 0,96
5. SPD			
5.1		Linkssozialistische Tendenzen in der SPD – Zitate; 8 Seiten	DM 0,24
5.3		Zitate: SPD und „Panikmache“ ; 5 Seiten	DM 0,15
5.4		Versprochen – nicht gehalten 2 Jahre Linkscoalition Halbzeitbilanz	DM 1,26
5.5		„Sozial“-Demokratisierung der Bundeswehr 6 Seiten	DM 0,18
6. Sonstiges			
6.1		Rednerdienst zum Berliner Rahmenabkommen vom 3. Sept. 1971 in Einzelexemplaren kostenlos	
6.2		Kurzfassung des Berliner Programms II. Fassung, Faltblatt, 6seitig, pro 100 Stück	DM 4,—
6.3		CDU-Dokumentation , Broschüre, Geschichtete, Programme und Leistungen der CDU seit ihrer Gründung, 148 Seiten, Umschlag vierfarbig	DM 1,—
6.4		Allgemeiner Rednerdienst , Kurzfassung September 1971, 38 Seiten, in Einzelexemplaren kostenlos.	
Zu allen Preisen sind Versandkosten und 5,5% Mehrwertsteuer hinzuzurechnen.			

objektiv betrachtet, zu dem Ergebnis kommen, daß es im Bundestag nie eine konstruktivere Opposition gegeben hat; aber das Märchen von der „totalen Konfrontation“ soll davon nur ablenken.

Unsere Aufforderung an die Regierung heißt heute

① Schnellstmögliche Wiederherstellung fester Währungsparitäten in Europa, die unsere eigene Regierung durch ihren zweifelhaften Beschluß vom Mai dieses Jahres aufgehoben hat.

② Einberufung der konzertierten Aktion und Festlegung neuer Orientierungsdaten durch die Regierung.

③ Absolute Solidität in der Haushaltspolitik, auch wenn dies vorübergehend zu schmerzlichen Einschränkungen führt. Bei Einbrüchen in der Beschäftigungslage muß ein Eventualhaushalt zur Verfügung stehen.

④ Schluß mit der zunehmenden Beunruhigung, ja Diffamierung von Leistung und Gewinn, wie sie Tag für Tag aus den Verlautbarungen der Linken, aus Juso-Entschliefungen und aus Parteitagsanträgen ganzer Unterbezirke der SPD deutlich wird.

Initiativen der Union

Die Konjunkturpolitik und ihre tägliche Auswirkung auf das Leben unserer Mitbürger wird selbstverständlich auch in Zukunft unsere volle Aufmerksamkeit fordern. Aber wir haben uns mit unseren Initiativen wahrhaftig nicht auf dieses Feld beschränkt.

① Während die Regierung seit Monaten vergeblich versucht, zwischen den Koalitionspartnern und zwischen den einzelnen Ressorts Einigkeit über ein Vermögensbildungskonzept herzustellen, liegt dem Bundestag seit mehr als einem Jahr unser Gesetzentwurf über einen Beteiligungslohn vor. Er braucht nur

beraten und verabschiedet zu werden, was aber durch die SPD/FDP-Mehrheit bis heute blockiert wird.

② Die Regierung hat ein Reformpaket für die Rentenversicherung vorgelegt, dessen Kern die Einführung der flexiblen Altersgrenze ist. Wir stimmen dieser Forderung zu. Sie ist Bestandteil unseres Berliner Programms. Da nach den eigenen Angaben der Bundesregierung von 600 000—700 000 Rentnern jährlich aber höchstens 150 000 zur Zeit überhaupt in der Lage wären, von dem Angebot des neuen Gesetzentwurfs Gebrauch zu machen, bestreiten wir die Vordringlichkeit der Maßnahme. Bei der Besorgnis erregenden Lage der Rentner scheint es uns viel wichtiger und deswegen leider bitter nötig, zunächst das allgemeine Rentenniveau zu verbessern. Dafür liegen unsere Vorschläge dem Bundestag vor. Die Regierung wird hoffentlich nicht ebenso herzlos darüber hinweggehen, wie sie dies bei unserem ersten Versuch tat.

③ Dem Bundestag liegt seit Monaten unser Entwurf für ein Hochschulrahmengesetz vor. Uns geht es dabei nicht nur um Organisationsfragen bis hin zur Festlegung von Mitbestimmungsparitäten, so wichtig sie sein mögen. Uns geht es um die Sicherheit der Freiheit von Forschung, Lehre und Lernen, weil wir genug Anlaß für die Befürchtung haben, daß die Freiheitsgarantien unserer Verfassung heute am wenigsten Geltung in manchen Hochschulbereichen haben.

④ Der Bundestag steht unmittelbar vor der Schlußabstimmung über das Betriebsverfassungsgesetz. Die Koalitionsfraktionen haben im letzten Augenblick wichtige Bestimmungen des von uns vorgelegten Entwurfs abgeschrieben und in einem eigenen Antrag zur Änderung des Regierungsentwurfs vorgelegt. Ihr Entwurf und unser Entwurf unterscheiden sich aber noch immer in wichtigen Fragen, wie etwa

der Stellung der leitenden Angestellten. Unser Ziel muß sein, mit aller Kraft zu versuchen, in der zweiten und dritten Lesung unsere besseren, vernünftigeren und positiven Vorschläge durchzusetzen.“

Kritische Auseinandersetzung mit § 218 StGB

Die Politische Akademie Eichholz der Konrad-Adenauer-Stiftung e.V. veranstaltete unter der Leitung des rheinland-pfälzischen Justizminister Theisen vom 3.—5. 11. 1971 eine Fachtagung zum Problem der Neufassung des § 218 StGB (Abtreibung). Ziel der Tagung war, einen Beitrag zur Meinungs- und Willensbildung in dieser Frage zu leisten. An der sehr gut besuchten Tagung nahmen Experten aus den zuständigen Fachbereichen der Medizin, des Rechtslebens, der Sozialfürsorge, der Kirchen und Verbände teil.

Unter den Teilnehmern und Referenten bestand Einigkeit darüber, daß das neugeborene Leben den uneingeschränkten Schutz der Verfassung genießt. Eingehend wurde diskutiert, ob dieser verfassungsrechtliche Schutz verlangt, das werdende Leben bereits vom Augenblick der Gametenverschmelzung (Konjugation) strafrechtlich zu schützen. Die Mehrzahl der Teilnehmer war aufgrund kriminalpolitischer Überlegungen und wegen der Schwierigkeiten bei der Anwendung des Gesetzes jedoch der Auffassung, diesen Schutz erst bei der Nidation beginnen zu lassen. Die Frage des Beginns des strafrechtlichen Schutzes ungeborenen Lebens ist von außerordentlicher Tragweite für den Gebrauch nidationshemmender Mittel (Intrauterine Spirale, morning-after-pill).

Nach überwiegender Auffassung der Diskussionsteilnehmer ist die „Fristenlösung“ grundgesetzwidrig. Dabei wurde auch darauf hingewiesen, daß in der gesamten Diskussion zu § 218

StGB nicht übersehen werden darf, daß dieser für die Frau einen Schutz in zweifacher Hinsicht darstellt: Er soll sie vor übereilten Entscheidungen in der sog. sensiblen Phase bewahren und sie außerdem vor Pressionen schützen.

Die „Indikationslösung“ wurde grundsätzlich bejaht. Gegen die Einführung der eugenischen (kindlichen, genetischen) Indikation wurden wegen der Nähe zur Eutanasie schwerste Bedenken geltend gemacht. Bei der ethischen Indikation wurde festgestellt, daß sie nach Auskunft kompetenter Seite zahlenmäßig nicht das gleiche Gewicht habe wie die übrigen Indikationen; die Frage wurde daher nicht ausdiskutiert. Aufgrund der Beiträge der Mediziner und Psychotherapeuten wurde deutlich, daß jede Erweiterung einer eng gefaßten medizinischen Indikation einer kritischen Überprüfung bedarf. Die überwiegende Auffassung der Teilnehmer ging dahin, daß eine ausdrückliche Fixierung einer medizinisch-sozialen Indikation im Gesetz den Weg zu einer sozialen Indikation öffnen würde. Eine Berücksichtigung des sehr weit gefaßten Gesundheitsbegriffes der Weltgesundheitsorganisation würde gleichfalls auf eine soziale Indikation und damit auf eine praktische Freigabe der Abtreibung hinauslaufen.

Die Diskussion zeigte ferner die entscheidende Bedeutung der Gutachterstelle für die medizinische Indikation auf, wobei die im Referentenentwurf niedergelegten Vorstellungen jedoch als unausgereift bezeichnet wurden. Es muß vielmehr ein unbürokratisches, schnelles und anonymes Verfahren gewährleistet werden.

Personalien

Rainer Barzel, Bundesvorsitzender der CDU, hat zum 70. Geburtstag des Politikers und Schriftstellers André Malraux folgendes Telegramm gesandt: „Zur Vollendung des 70. Lebensjahres entbiete ich Ihnen im Namen der Christlich Demokratischen Union Deutschlands meine herzlichsten Glückwünsche und Grüße. Sie gelten dem Manne, dessen persönliches Leben wie auch sein schriftstellerisches Werk immer von der Leidenschaft geprägt ist, die Welt durch Taten zu verändern. Dem bewährten Freund des deutschen Volkes wünsche ich für die Zukunft bestes Wohlergehen.“

Gerhard Schröder, stellvertretender CDU-Vorsitzender, warnte die Bundesregierung, durch die Intensivierung ihrer Beziehungen zur Sowjetunion die guten Beziehungen zu Rumänien aufs Spiel zu setzen.

Rudolf Werner, CDU-MdB, ist der Initiator einer Ausstellung „Kunst im Besitz von Abgeordneten“, die von Bundestagsvizepräsident Carlo Schmid am 10. November im Rheinischen Landesmuseum Bonn eröffnet worden ist. Über 100 zeitgenössische und klassische Werke werden in der Ausstellung gezeigt.

Ludwig Hamm (Kaiserslautern), ehemaliger Staatssekretär im rheinland-pfälzischen Wirtschafts- und Verkehrsministerium und früherer FDP-Bundestagsabgeordneter, ist in die CDU eingetreten.

Termine

15. 11.	CDU – Bund	Präsidium	Bonn
15. 11.	CDU – Bund	Arbeitsgruppe Neugestaltung des Laufbahnrechts	Bonn
16. 11.	LV Rheinland-Pfalz Mittelstandsvereinigung	Landesvorstand	Dahn
17. 11.	Sozialausschüsse – Bund	Regionalkonferenz Betriebsratswahlen Rheinland-Pfalz	Bacharach
18. 11.	CDU – Bund	Bundesausschuß für Gesundheitspolitik	Bonn
18. 11.	Sozialausschüsse – Bund	Regionalkonferenz Betriebsratswahlen für Ludwigshafen, Mannheim und Südhessen	Mannheim
18./19. 11.	JU – Bund	Landesgeschäftsführerkonferenz	Berlin
19. 11.	LV Rheinland	Landesvorstand	Köln
19./20. 11.	LV Rheinland	Landesparteitag	Köln
19./20. 11.	LV Westfalen-Lippe Union der Vertriebenen und Flüchtlinge	Schulungstagung	Körbecke
19./20. 11.	CDU – Bund	Koordinierungsausschuß i. BACDJ	
19./20. 11.	LV Schleswig-Holstein	Landesparteitag	Husum
20. 11.	LV Westfalen-Lippe Sozialausschüsse	Landesvorstand	Dortmund
20. 11.	LV Rheinland-Pfalz Sozialausschüsse	Landesausschuß	Mainz

UID

Verlag: Union Betriebs GmbH., 53 Bonn, Argelderstraße 173, Telefon 22 00 40.
Verlagsleitung: Peter Müllenbach, Gerhard Braun, **Bankverbindung:** Commerzbank Bonn, Nr. 1124 932, Postscheckkonto Köln 1937 95. Abonnementspreis vierteljährlich DM 6,-, Einzelpreis DM 0,50. Druck: Bonner Universitäts-Buchdruckerei, Bonn